

Praxisgebühr abschaffen

Vertragszahnärzte unterstützen Anregung des
Patientenbeauftragten der Bundesregierung

Berlin, 02.12.2009 - „Die Praxisgebühr ist unsozial und präventionsfeindlich. Gerade im zahnärztlichen Bereich wäre ihre Abschaffung absolut zu begrüßen.“ Mit diesen Worten kommentierte Dr. Jürgen Fedderwitz, der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, die Anregung des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, über die Abschaffung der Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung nachzudenken.

In der Zahnmedizin, so Fedderwitz weiter, brächten die Versicherten über die Praxisgebühr jährlich mehr als 400 Mio. Euro an Subventionen für die gesetzlichen Krankenkassen auf. Die ursprünglich damit verbundene Absicht, das ‚doctor hopping‘ einzudämmen, laufe aber in der zahnärztlichen Versorgung völlig ins Leere, weil ein ‚dentist hopping‘ ohnehin nie existiert habe. Zudem behindere die Gebühr die Bemühungen zur Verhinderung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten massiv, da sie gerade für sozial Schwache eine Barriere beim Zugang zur Zahnarztpraxis und zu regelmäßigen Kontrolluntersuchungen darstelle.

Für Fedderwitz resultiert daraus eine klare Forderung: „Die Praxisgebühr ist für Angstpatienten und Risikopatienten aus sozial schwachen Bevölkerungsgruppen ein großes Hindernis. Gerade an die müssen wir aber rankommen, denn sie haben die größte Karieslast. Deswegen muss für die Zahnmedizin gelten: Weg mit der Gebühr, auf die Tür!“

Für Rückfragen:

Dr. Reiner Kern, Tel.: 030 – 28 01 79 27

Presseinformation

KZBV

Dr. Reiner Kern
Behrenstr. 42
10117 Berlin

Tel.: (030)28 01 79 – 27
Fax: (030)28 01 79 – 21

E-Mail: r.kern@kzbv.de
www.kzbv.de